

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
26. November 1915

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunbe), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Krieg gegen die Teuerung. — Parteivorstand und Parteiaus-
schuß zur Lebensmittelteuerung. Von Luise Bieg. — Die sozia-
listische Frauenbewegung in Bulgarien im Jahre 1914/15. Von
Tina Nikolov. — Aus der Bewegung: Von den Organisationen.
— Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau.
Von H. F. — Notizenteil: Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der
weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit.

Der Krieg gegen die Teuerung.

Während draußen an den Grenzen und im fremden Lande die Söhne des Volkes ihr Blut vergießen, frißt daheim die Teuerung an dem Marke der arbeitenden, unbemittelten Schichten. Kaum ein Nahrungsmittel, kaum ein Gebrauchsgegenstand, der nicht um die Hälfte, um das Doppelte, ja Dreifache im Preise gestiegen ist. Reichte sonst das Einkommen der Arbeiterfamilie eben hin, um sich notdürftig durchs Leben zu schlagen, so ist heute die Unterernährung von Millionen, zumal der heranwachsenden Arbeiterkinder eine offenkundige Tatsache. Keine noch so reaktionäre Zeitung, keine Behörde von Verantwortlichkeitsgefühl, keine öffentliche Körperschaft bringt es über sich, sie zu verkleinern, geschweige denn wegzuleugnen.

Die Teuerung ist nur zum Teil eine Folge des Wirtschaftskrieges, der von allen miteinander ringenden Staaten nach Maßgabe ihrer Kräfte und Möglichkeiten gleich rücksichtslos geführt wird. Gewiß hat der Krieg ungeheure Mengen Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate jeder Art vernichtet, verderben lassen oder von unseren Grenzen ferngehalten. Er hat auch die Herstellungskosten des Bedarfs gesteigert, indem er den ganzen Prozeß der Gütererzeugung schwieriger und unständlicher gestaltete. Dadurch hat sich die Organisation der heutigen Wirtschaft dauerhafter und leistungsfähiger erwiesen, als selbst Fachleute zu prophezeien wagten. Wenn heute in Deutschland — wie in den anderen kriegsführenden Staaten und auch in den neutralen Ländern — eine unerträgliche Teuerung herrscht und die Volksmassen tief aufwühlt, so ist daran kein absoluter Mangel an Lebensmitteln schuld. Was bei uns vorhanden ist, reicht zur Ernährung auch des letzten Säuglings, vorausgesetzt, daß die Vorräte nach den vorhandenen Bedürfnissen räumlich verteilt und der Konsum pro Kopf geregelt wird. Die einheitliche Reichsgetreideversorgung beweist das trotz aller ihr anhaftenden Mängel. Bei Kartoffeln und Zucker, die Deutschland zur Genüge erzeugt, wäre dieselbe Maßnahme möglich gewesen. Fleisch, Milch und Fette wurden früher nur in verhältnismäßig geringer Menge vom Ausland eingeführt, auch hier hätte also ein rasches, sachmännliches und energisches Eingreifen der Zentralregierung eine befriedigende Lösung finden können.

Schritt für Schritt sieht sich der Bundesrat jetzt gezwungen, Maßnahmen anzuordnen, die, vor einem Jahre getroffen, imstande gewesen wären, die Teuerung wenigstens in erträglichen Schranken zu halten. Beschlagnahme aller wichtigen

Lebensmittel und mäßige Höchstpreise hatten Sozialdemokratie und Gewerkschaften gleich zu Anfang des Krieges von der Reichsregierung gefordert. Die Preise standen schon vor dem Kriege wahrlich hoch genug. Selbst angesichts der gesteigerten Produktionskosten wären Erzeuger, verarbeitende Industrie und Händler in ihrem Profit nicht zu kurz gekommen. Man konnte ja mit Recht von dem Patriotismus dieser Bevölkerungsguppen erwarten, daß er sich während dieser Notzeit mit geringeren Dividenden und mäßigen Gewinnen zufriedengeben würde. Auch die Regierung war dieser Ansicht und appellierte an die Vaterlandsliebe und an das soziale Verantwortlichkeitsgefühl der Kapitalisten.

Sie wagte nicht, die Grundlage der bürgerlichen Wirtschaft anzutasten, die freie Konkurrenz und die freie Verfügung über das Privateigentum. Sie wußte freilich aus tausend geschichtlichen Beispielen, daß mit dem Augenblick des Kriegsausbruchs, mit dem Aufhören der ausländischen Einfuhr, mit dem Stocken des Verkehrs, mit der steigenden Nervosität des kaufenden Publikums, bei dem rücksichtslosen Egoismus vieler Besitzenden ein Steigen der Preise unfehlbar eintreten müsse. Der freie Markt, der schon in Friedenszeiten eine planlos schwankende Größe ist, mußte unvermeidlich in Unordnung geraten. Die Regierung wußte auch, daß diese Unordnung, daß die Stockungen, Verwirrungen der Produktion an allen Orten zu Preistreibereien ausgenutzt werden würden. Mit der Sicherheit eines Naturgesetzes! Und zwar nicht allein von den sogenannten „Wucherern“! Der „Wucherer“ treibt bloß im großen, mit frecher Gewissenlosigkeit, was Tausende andere, an die mit Recht und Gesetzesparagrafen nicht heranzukommen ist, im kleinen, vorsichtig, oft gegen ihr besseres Wollen getrieben haben und treiben. Nachdem einmal die Preise gestiegen sind, müßte der Fabrikant, der Händler, der Landwirt kein Geschäftsmann sein, wenn er nicht auch jene Vorräte teuer absetzte, die er noch zu den alten Bedingungen erzeugt oder eingekauft hat. Er hält damit nur die allgemeine kaufmännische Gepflogenheit fest. Es fällt auch niemand ein, dem kapitalistisch Wirtschaftenden daraus einen Strich zu drehen. Er muß ja mit der Konkurrenz Schritt halten, und zumal der kleinere Produzent oder Krämer handelt hierbei unter wirtschaftlichem Zwang. Es ist also gut und billig, wenn man heute mit aller Schärfe gegen den ausgemachten „Wucherer“ einschreitet. Wer aber wirklich helfen will, muß tiefer greifen.

Beschlagnahme der wichtigsten Lebensmittel, mäßige Höchstpreise und einheitliche Regelung des Verbrauchs im ganzen Reich wären gleich zu Anfang des Krieges die gegebenen Maßnahmen gewesen. Das waren durchaus keine sozialistischen, ja nicht einmal besondere „Arbeiterforderungen“. Die Maßnahmen lagen ganz allgemein im Interesse von mindestens 80 Prozent der deutschen Bevölkerung, aller jener Personen, die weder Eigentümer ausreichender Produktionsmittel sind, noch als Inhaber von Aktien, Hypotheken und sonstigen Wertpapieren an dem steigenden Kapitalprofit beteiligt sind. Warum ist die Regierung nur so zögernd und so

halbherzig an diese Aufgaben herangegangen? Warum muß die wachsende Not sie zu jedem kleinen Schritt gleichsam vorwärtspeitschen? Die Antwort liegt klar zutage. Höchstpreise, Beschlagnahme, Regelung des Verbrauchs sind Eingriffe in die freie Konkurrenz, in die Freiheit des Privateigentums. Darauf ist aber die bürgerliche Gesellschaft aufgebaut, damit ist das Wesen kapitalistischer Wirtschaft, zumal auf ihrer Kleinbürgerlichen Stufe eng verquidelt. Ein Zögern war also, geschichtlich betrachtet, nur verständlich.

Allein die Not war mächtiger als das Beharrungsvermögen. Alle Versuche von Gemeinden, selbst von einzelnen Bundesstaaten, von sich aus durch Höchstpreise regelnd zu wirken, mußten fehlschlagen, weil den Produzenten ja immer die Möglichkeit blieb, ihre Vorräte zurückzubehalten oder nach auswärts zu verkaufen. Falsche Maßnahmen der Reichsregierung, wie die massenhafte Abschachtung von Schweinen, der monatliche Zuschlag zu den Höchstpreisen für Kartoffeln, die Versuche, Höchstpreise ohne Beschlagnahme festzusetzen, verschlimmerten die Teuerung, statt sie zu lindern. Um der Beschlagnahme aus dem Wege zu gehen und den freien Markt nicht antasten zu müssen, suchte man Hilfe bei allerhand Surrogaten. Die Gemeinden sollten durch Einkauf und Verkauf von Gefrierfleisch, Salzfleisch, Kartoffeln, Kraut, Milch usw. den Preistreibern entgegenzutreten. Bei aller Anerkennung des guten Willens konnte man von Anfang an diesen kommunalen Unternehmungen nur mit Mißtrauen gegenüberstehen. Die Gemeinden kauften viel zu teuer ein, als daß sie ohne großen Verlust hätten billig abgeben können. Verteuernd wirkte auch der Umstand, daß viele Gemeinden, um die eingeseffenen Händler, Fleischer usw. zu schonen, diesen den Verkauf in die Hand gaben. Es kam sogar vor, daß beträchtliche Vorräte da und dort überhaupt nicht abgesetzt wurden und verderben. Kurzum, die kommunalen Anstrengungen haben auf die Teuerung fast gar keinen lindernden Einfluß ausgeübt. Zum Teil liegt das an den lokalen und gesetzlichen Schranken, die dem Vorgehen der Gemeindeverwaltungen gezogen sind, zum Teil daran, daß die Gemeindebehörden vor allzu tiefen Eingriffen in den lokalen Markt und in die Interessen der eingeseffenen Kapitalisten zurückschrecken. Immer aber bleibt es den Produzenten der ländlichen Umgegend frei, städtische Maßnahmen mit offenem oder heimlichem Boykott zu beantworten.

Auch die Zwangseinführung von fleisch- und fettlosen Tagen durch den Bundesrat ist nur ein Erfahrmittel und dazu ein Fehlgriff, wie die Praxis schon jetzt beweist. Wer Fleisch und Fett kaufen kann und kaufen will, kommt zu seinem Quantum trotz aller fleisch- und fettlosen Tage. Eine Kontrolle in den Privathaushaltungen läßt sich nicht durchführen. Einzig die öffentlichen Speisehäuser müssen sich fügen. Auch handelt es sich hier weniger um die Verbilligung — dazu sind die Höchstpreise viel zu hoch — als um die Beschränkung und Regelung des Verbrauchs. Diese ist aber nur zu erreichen durch fleisch- und fettmarken nach Art der Brot- und Mehlmarken.

Das Problem der Verbrauchsbeschränkung, des fleisch- und fetterfages ist eine Folge des Krieges und hat in erster Linie militärpolitische Bedeutung. Von ihr betroffen wird eigentlich nur die besitzende Bevölkerung, denn die Unbemittelten fasten sowieso. Das Problem der Verbilligung ist es, was der Arbeiterklasse auf den Nägeln brennt. Wir haben glücklich eine ganze Reihe von Höchstpreisen, aber sie sind zu spät gekommen und darum Teuerungspreise. Gewiß sind kleine Herabsetzungen eingetreten. Schweinefleisch, Butter, Schmalz standen vor den Verordnungen noch höher. Den gutsituierten Bevölkerungsschichten mag diese Herabsetzung genügen. Sie können vorübergehende hohe Preise zur Not ertragen, sind ja auch teilweise selber an den erhöhten Profiten beteiligt. Anders das werktätige Volk, die kleinen Leute. Für die Arbeitermutter bleibt die Butter um 2 Mark so unerträglich wie die Butter um 2,80 Mark und ebenso das Schweinefleisch zu den festgesetzten Höchstpreisen.

Für die Arbeiterfamilie ist es von grundlegender Bedeutung, ob der Zentner Kartoffeln 3,50 Mark oder 4,50 Mark kostet. Auch „mäßige Höchstpreise“ können heute wenig mehr helfen, wo sämtliche Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände im Preise zum Teil über 100, ja 200 Prozent gestiegen sind. Heute sind bereits die Forderungen überholt, die am Anfang der Kriegsnot der Regierung noch zu radikal, dem Spießer gar „sozialistisch“ erschienen. Eine gut bürgerliche Zeitung, das „Berliner Tageblatt“, schrieb neulich, wenn auch die neuesten Bestimmungen des Bundesrats sich als unzulänglich erweisen, dann werde nichts mehr übrigbleiben als das zu tun, was die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften schon vor einem Jahre gefordert hätten. Aber nein! Auch das kann heute nicht mehr genügen. Ist es heute nicht mehr möglich, die Preise auf jenes Maß zurückzuführen, das vor dem Kriege den Armen schwer genug belastete, so bleibt nichts anderes als dieses übrig: jene von Partei und Gewerkschaften einst geforderten Maßnahmen zu ergänzen durch ein schärferes Heranziehen des Besitzes zugunsten der minderbemittelten Volksklassen. Die erhöhten Preise der Lebensmittel, des Lebensbedarfs müssen ausgeglichen werden durch gesetzliche Einführung von angemessenen Mindestlöhnen, ausreichenden Teuerungszulagen, durch den Ausbau der Arbeitslosenfürsorge, durch die der Notlage entsprechende Erhöhung der Krankengelder, Invaliden- und Altersrenten, der Unterstützungen für Kriegerfamilien und Kriegsbeschädigte, überhaupt aller Notleidenden. Und zwar muß das durchgreifend, sofort und auf reichsrechtlichem Wege einheitlich geschehen, nicht darf das Notwendige einzelnen Gemeinden, privater Wohltätigkeit oder gar dem „patriotischen Gewissen“ der Unternehmer überlassen bleiben. Die Zeit duldet keine tastenden Versuche und keine halben Maßnahmen mehr. Die verwaltungstechnischen und organisatorischen Vorbedingungen sind vorhanden, sie brauchen nur ausgebaut und vervollkommen zu werden. So ist es möglich, die Kaufkraft der breiten Massen einigermaßen in Einklang zu bringen mit den gestiegenen Preisen. Beachtenswert ist auch der Versuch zur Staffelung der Preise je nach der Steuerklasse der Käufer, wie sie bereits einzelne Gemeinden zum Beispiel für Milch in Anwendung gebracht haben. Den Minderbemittelten wird unter dem Normalpreis, den Gutbemittelten mit entsprechendem Aufschlag verkauft.

Täuschen wir uns jedoch nicht: alle diese erwähnten Maßnahmen bedeuten noch lange keine endgültige Lösung der Teuerungsfrage. Solange die privatwirtschaftliche Produktion von staatlichen Eingriffen frei bleibt, wird niemand zum Beispiel einen Landwirt hindern können, anstatt Weizens die zurzeit sich besser rentierenden Ölfrüchte zu bauen oder die nichtbeschlagnahmten Kartoffeln zur Viehfütterung zu verwenden, mit der Milch die jungen Schweine zu mästen. Das wäre in der bürgerlichen Ordnung ein sonderbarer Produzent, der nicht versuchen würde, die Güter zu erzeugen, von denen er sich den größten Gewinn verspricht.

Besondere Aufmerksamkeit ist auch der Nahrungsmittelindustrie zuzuwenden. Nicht nur die nachweisbare und strafbare Nahrungsmittelfälschung ist ins Kraut geschossen. Schlimmer noch wirkt die in der Bezeichnung der Sorten und Qualitäten eingeriffene Anarchie. Auch hier blüht eine an Bucher grenzende Übervorteilung des kaufenden Publikums. Gerade hier aber wird es den Behörden schwer fallen, irgendwelche Besserung zu erzielen, wenn nicht die Produktion selbst unter staatliche Kontrolle gestellt wird.

Die Teuerung der Lebensmittel ist es nicht allein, die am Mark des arbeitenden Volkes zehrt. Auch die steigende Teuerung aller anderen Gebrauchsgegenstände und ihre zunehmende Minderwertigkeit bedürfen genauer Berücksichtigung. Gerade hier, wo Deutschland mehr als bei den Nahrungsmitteln auf den Import von Rohstoffen angewiesen ist, zeigen sich unhaltbare Zustände. Kleider und Schuhe sind nicht nur teuer, sie sind obendrein schlecht. Auch die Bekleidung des arbeitenden Volkes, zumal jetzt bei hereinbrechendem Winter,

müßte sichergestellt werden. Schutz vor Übervorteilung, vor Wucherpreisen tut hier ebenfalls bitter not. Man darf die Gefahren nicht unterschätzen, die für die Gesundheit, zumal der Kinder, entstehen, wenn zu der ungenügenden Ernährung noch ungenügende Bekleidung und Beschuhung tritt. Der Krieg fordert wahrlich sowieso schon genug Einbuße an blühender Volkskraft. Es ist nur ein Akt der Selbsterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, wenn endlich der Teuerung mit energischen und umfassenden Maßnahmen zu Leibe gerückt würde. Mit der Lösung der sozialen Frage, mit dem Sozialismus haben solche Maßnahmen gar nichts zu tun. Es sind Maßnahmen des Kriegskapitalismus, der die bürgerliche Ordnung erhalten will, und nicht des Sozialismus, der die Welt verändern muß.

Partei Vorstand und Parteiauschuß zur Lebensmittelteuerung.

Zum 28. und 29. Oktober war der Parteiauschuß vom Parteivorstand nach Berlin berufen worden, um erneut Stellung zu nehmen zu der Frage: „Was kann die Partei tun, um der auf die Spitze getriebenen Lebensmittelteuerung entgegenzuwirken?“ Das Bewußtsein der großen Verantwortung, die die Arbeitervertreter in dieser schweren Zeit zu tragen haben, die Bitterkeit über die zögernden und halben Maßnahmen der Regierung, die sich als durchaus unzureichend erwiesen haben, der maßlosen Gewinnsucht gewissenloser Spekulanten und den ungezügeltsten Preistreiberieien bestimmter Produzentenkreise ein Halt zu gebieten, sprachen aus der Leidenschaftlichkeit und dem tiefen Ernst, mit denen die Versammelten die Debatte führten.

Die Aktion wurde unterstützt von einer Deputation Berliner Genossinnen, die gekommen waren, um dem Parteivorstand und dem Parteiauschuß ein Bild zu entrollen von der Stimmung der Frauen in Berlin und deren Wünsche den beiden Körperschaften zu unterbreiten. In Schnee und Kälte hatten sich aus den verschiedenen Kreisen Berlins auf dem Hofe des Lindenhauses etwa 300 Genossinnen zusammengefunden, die aus ihrer Mitte 6 Genossinnen als Deputation in die Ausschusssitzung entsandten. Das Vorgehen der Genossinnen ist ein völlig außergewöhnliches. Es ist nur zu erklären aus dem Höhegrad, den die materielle und geistig-seelische Not der Minderbemittelten erreicht hat. Diese Not machte das Bedürfnis der Frauen unüberwindlich, ihren Empfindungen den leitenden Körperschaften gegenüber Ausdruck zu geben. In den Ministerien scheint man von diesem Stande der Dinge noch immer keinen richtigen Begriff zu haben, denn anders ist das zögernde und bisher unzulängliche Eingreifen nicht zu verstehen. In der gründlichen Aussprache mit dem Auschuß, die völlige Übereinstimmung aller Beteiligten ergab, wurde das Folgende festgestellt und gefordert:

„Rücksichtslose Spekulation hat die schwerste Gefahr für die Volksernährung heraufbeschworen und in den weitesten Volkskreisen eine Erbitterung sondergleichen erzeugt. Dieser Erkenntnis hat sich die Regierung nicht entziehen können. Aber auch die am 29. dieses Monats veröffentlichten Verordnungen genügen durchaus nicht: sie bleiben Stückwerk. Mit der Politik des Abwartens und den Halbheiten muß endlich gebrochen werden.

Der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften haben seit Ausbruch des Krieges immer wieder bis ins einzelne Vorschläge gemacht, deren Durchführung die jetzt beklagten Zustände verhindert hätte. Um weiteres Unheil zu verhüten, sind, ohne daß auf Einzelheiten eingegangen werden soll, folgende Maßregeln ohne Verzug durchzuführen:

Nach Art der Brotversorgung sind alle wichtigen Lebensmittel zu beschlagnahmen und an die Verbraucher zu Höchstpreisen abzuführen, die die Kriegskonjunkturgewinne ausschließen und jedenfalls auch für die minderbemittelte Bevölkerung erschwinglich sind. Die Höchstpreise müssen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse nach Bezirken für

das ganze Reich, und zwar sowohl für den Produzenten als auch für den Großhändler festgesetzt werden. Der durch wilde Spekulation des privaten Handels in die Höhe getriebene Preis des aus dem Ausland eingeführten geringen Quantums an Lebensmitteln und Futtermitteln darf unter keinen Umständen zum Maßstab für die Preisgestaltung auf dem inländischen Lebensmittelmarkt dienen.

Den Gemeinden ist die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie ihre Einwohner mit Lebensmitteln versorgen. Ihnen müssen aber zu gleicher Zeit die dazu erforderlichen Rechte zur Entlohnung und Preisfestsetzung verliehen werden.

Ein verhängnisvoller Irrtum ist es, anzunehmen, daß der Groll im Volke durch noch weitere Einschränkung der Presse und durch noch weitere Beschränkung von Versammlungen beseitigt oder auch nur vermindert werden könnte. Eine Steigerung der großen Mißstimmung wäre vielmehr die sichere Folge solcher Maßregeln. Wir warnen daher vor ihnen. Die Lebensinteressen der breiten Massen des Volkes erfordern mehr denn je die freie Kritik.“

Am 27. Oktober hatte der Parteivorstand bereits gemeinsam mit der Generalkommission dem Reichskanzler die dringliche Forderung unterbreitet, den Familien der Kriegsteilnehmer für die Wintermonate November bis April Kartoffeln und Kohlen auf Kosten des Reiches zu liefern. Es ist auf das lebhafteste zu wünschen, daß diesem Verlangen entsprochen wird. Denn es kann auf die entstehenden Unkosten, mögen sie auch keineswegs unerheblich sein, doch wahrlich nicht ankommen angesichts der Milliarden, die der Krieg kostet, und angesichts der unendlichen Opfer, die von den Massen des Volkes bereits gebracht wurden. Die Not breiter Volksschichten ist eine sehr große. Knappe Unterstützung und unerschwingliche Lebensmittelpreise sind nimmer miteinander in Einklang zu bringen. Da wäre die Lieferung von Kartoffeln und Kohlen wenigstens eine kleine Erleichterung der schweren Sorgen, die auf den Kriegerfrauen lasten. Oder sollen wir es erleben, daß die heimkehrenden Krieger, vielleicht selbst krank oder zu Krüppeln geworden, auch noch kranke Frauen und Kinder zu Hause antreffen? Frauen und Kinder, die krank wurden, weil sie sich nicht sattessen konnten.

Freilich müssen im Interesse aller minderbemittelten Konsumenten noch als unerlässlich jene Maßnahmen hinzukommen, die in dem Aufruf der beiden genannten Körperschaften vom 6. November mit gebührendem Nachdruck verlangt wurden. Unsere Leser haben den Wortlaut des Aufrufs in der Tagespresse gelesen. Sie werden wie wir mit dem dort Gesagten übereinstimmen, denn alle empfinden mit steigender Bitternis und heiligem Zorn das unerhörte Unrecht, welches darin liegt, daß es in Deutschland keineswegs an Nahrungsmitteln fehlt, wohl aber an Schutz vor jenen Leuten, die in der rücksichtslosesten Weise den Krieg als Konjunktur ausnutzen und damit die Minderbemittelten zum schmerzlichen Entbehren, oft genug zum Hungern verdammen. Die Ernährung des Volkes wird nur sichergestellt, wenn Regierung und Gemeindebehörden das Recht der Beschlagnahme und der Festsetzung niederer Höchstpreise für alle wichtigen Gebrauchsartikel ausgiebig ausnutzen und bei den Nahrungsmitteln, die wirklich knapp sind, eine gleichmäßige Verteilung ähnlich wie beim Brot durchführen.

Bei dem Kampfe gegen den Lebensmittelwucher werden auch, dessen sind wir sicher, die Genossinnen fortfahren, ihre Pflicht zu tun. Überall, wo sie Zeuge wucherischen Vorgehens sind, sollten sie rücksichtslos Anzeige erstatten. In den Organisationen sollten sie sich besprechen und nötigenfalls Deputationen an die Bürgermeister und Magistrate entsenden, um diesen ihre Lage zu schildern und Vorschläge zur Abhilfe des Notstandes zu machen. Wo wir Stadtverordnete haben, sollten die Genossinnen sich mit diesen verständigen, um ihre Aktionen zu unterstützen. Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher ist eine höchst verdienstvolle Tat, an der wir alle nach besten Kräften mitwirken wollen. Luise Zieg.

Die sozialistische Frauenbewegung in Bulgarien im Jahre 1914/15.

Vor allem möchten wir einiges sagen über die allgemeinen Zustände, unter denen unsere Frauenorganisation im letzten Jahre zu wirken hatte. Die Zeitfähe unserer ersten konstituierenden Konferenz vom Vorjahr hatten in allen Genossinnen den Elfer entflammt, sich für unsere Organisation zu betätigen. Die Frauenkommissionen der Ortsgruppen nahmen mit Begeisterung ihre Arbeit auf.

Leider brach bald darauf der europäische Krieg aus, erschütterte tief das wirtschaftliche Leben des Landes und rief eine äußerst schwere politische Krise hervor. Es trat binnen kurzem massenhafte Arbeitslosigkeit ein. Die von unserem Gewerkschaftsbund veranstaltete Umfrage ergab, daß im Oktober 1914 in 34 Städten infolge der wirtschaftlichen Krise 218 Betriebe mit 15668 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen geschlossen waren, und daß weitere 901 Unternehmen ihr Arbeiterpersonal um 8719 vermindert hatten. Diese 1119 Betriebe allein hatten also 24387 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Tatsächlich soll die Gesamtzahl der Arbeitslosen im ganzen Lande zu jener Zeit nicht unter 30000 betragen haben. Seither ist die Arbeitslosigkeit ständig gewachsen. Laut amtlichen Berichten war im März 1915 die Beschäftigung in sämtlichen Unternehmen der Industrie, des Gewerbes und des Handels um 35 Prozent zurückgegangen, verglichen mit dem Stand vor dem Kriege. Eine zweite Folge des Weltkrieges war die unglaubliche Teuerung; die Preise der notwendigsten Lebensmittel sind um 50 bis 200 Prozent gestiegen. Die Mietzins in den größeren Städten sind durchschnittlich um 30 Prozent und jene in Sofia um 50 Prozent in die Höhe gegangen. Und unter dieser furchtbaren Teuerung muß die Arbeiterschaft mit herabgesetzten Löhnen auskommen. Diese sind um 10 bis 15 Prozent gesunken! Seit einem Jahr steht das Land dazu unter dem Belagerungszustand. Es stellt der öffentlichen Betätigung unserer Partei und den Gewerkschaften die größten Schwierigkeiten in den Weg. Die allgemeine Unsicherheit der Lage sowie die Befürchtung, daß Bulgarien jeden Tag in den Krieg hineingerissen werden könne, wirkten auch eine Zeitlang lähmend auf die Aktivität unserer Genossen und Genossinnen zurück.

Unter diesen Verhältnissen war es selbstverständlich ungemein schwer, die mit Begeisterung ausgenommene Organisationsarbeit unter den Frauen mit vollem Erfolg fortzusetzen. Dank dem sozialistischen Geist, der in unseren Organisationen herrscht, wurde die Verwirrung und Pähmung der ersten Zeit überwunden. Die Genossen und Genossinnen verstanden es, sich den Ausnahmezuständen anzupassen und unsere Organisationen mit neuem kräftigen Leben zu erfüllen. Die Arbeit der Genossinnen erzielte zufriedenstellende Ergebnisse, die durch die nachfolgenden Angaben veranschaulicht werden sollen.

Das vorige Tätigkeitsjahr hatte die Frauenorganisation mit einem Mitgliederstand von 750 abgeschlossen. Am Ende des jetzigen Berichtsjahres zählte unsere Organisation in 14 Ortsgruppen 1114 Mitglieder, die sich um das Banner des revolutionären Sozialismus geschart hatten. Davon waren 537 Arbeiterinnen, 395 Volksschullehrerinnen und 182 Hausfrauen. Ein Fortschritt im Stand der Organisation ist also trotz aller Hemmungen erreicht worden. Die Ortsgruppen haben 166 Komiteesitzungen, 264 Mitgliederversammlungen, 208 Konferenzen, 154 Vorträge, 4 Kinderunterhaltungen und 4 Abendunterhaltungen veranstaltet; sie hielten 50 öffentliche Versammlungen ab. Am 22. Februar dieses Jahres feierten die bulgarischen sozialistischen Frauen zum ersten Male den Internationalen Frauentag. Er fiel mit der interbalkanischen sozialistischen Aktion gegen den Krieg und für die föderative Balkanrepublik zusammen. In allen größeren Städten des Landes veranstaltete unsere Organisation öffentliche Frauenversammlungen, die Protest gegen den Krieg erhoben und den Frieden forderten, wie Sicherung billigen Lebensbedarfs,

Beschäftigung für die Arbeitslosen, allgemeines, geheimes und gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter und eine umfassende soziale Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiterklasse. Die Maifeier, an der sich unsere Genossinnen ebenfalls zahlreich und mit Enthusiasmus beteiligten, verlief heuer besonders glänzend. Wie alljährlich, so veranstaltete unsere Partei auch 1915 wieder Gegenkundgebungen gegen die von der Bourgeoisie inszenierten Rosenfeste, die angeblich dem Kampfe gegen die Tuberkulose dienen sollten. In diesen sozialistischen Kundgebungen nahmen auch die organisierten Frauen in großer Zahl teil. Bei allen Aktionen, die von der Partei oder den Gewerkschaften ausgingen, wirkten unsere Frauengruppen stets eifrig und verständnisvoll mit.

Unsere Organisation ist der sozialistischen Fraueninternationale angeschlossen. Trotz den Schwierigkeiten des Verkehrs mit dem Ausland war unsere Zentralkommission bemüht, die Verbindung mit dem Internationalen Sekretariat aufrechtzuerhalten und ihm gelegentlich über unsere Bewegung zu berichten. Wir haben uns nach Kräften bemüht, in Reich' und Glied bei allen Aktionen der sozialistischen Fraueninternationale zu stehen. Wir bedauern aufrichtig, daß wir zufolge des unterbundenen Postverkehrs mit dem Ausland zu spät von dem Stattfinden der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern im März dieses Jahres erfahren haben und uns daher nicht daran beteiligen konnten. Die Beschlüsse und Kundgebungen der Konferenz, die uns zugegangen sind, haben wir uns zu eigen gemacht und in unserem Parteiblatt „Rabotnitscheski Wjestnik“ veröffentlicht. Unsere Organisation unterhält innige Fühlung mit den Genossinnen in Serbien und Rumänien.

Die Zentralkommission der Genossinnen hat sich die planmäßige Agitation unter den Arbeiterinnen angelegen sein lassen, sie hat gewirkt für die sozialistische Erziehung der gewonnenen Mitglieder und für die Ausbreitung des Einflusses unserer Partei in den Arbeiterfamilien. Die Erfolge, die wir im Berichtsjahr trotz den außerordentlich schwierigen Verhältnissen erzielt haben, sind der sehr energischen und hingebungsvollen Betätigung unserer Genossen und Genossinnen zu verdanken. Sie haben sich der ihnen von der Partei gestellten Aufgabe gewachsen gezeigt. Nun, da die Kriegsgefahr sich über unserm Land immer drohender zusammenballt, stehen unsere Genossen und Genossinnen zielklar und wachsam auf ihrem Posten, bereit, mit allen Kräften gegen den Krieg, für den Frieden und für den Zusammenschluß der Balkanvölker in einer föderativen Republik weiterzukämpfen.

Sofia, Anfang September 1915.

Lina Kirilow.

Aus der Bewegung.

Von den Organisationen. Trotz des Belagerungszustandes fanden im Auftrage der Vorstände des 18., 22. und 23. sächsischen Reichstagswahlkreises in Olsnik, Plauen, Zwidau, Planitz und Grimmitzschau Mitgliederversammlungen statt, zu denen besonders die Frauen und auch Gäste eingeladen worden waren. Die Veranstaltungen verliefen gut, ohne jeden behördlichen Eingriff. Anders kam es in Reichenbach, wo ebenfalls eine Versammlung geplant war. Sie wurde durch den maßgebenden Herrn Stadtrat vereitelt. Der Einberufer erhielt folgendes Schreiben: „Zu der auf Freitag . . . angemeldeten Versammlung der organisierten Frauen und Mädchen wird die Genehmigung wegen Verweigerung der Vorlegung des Manuskripts des Vortrags versagt!“ Was in den anderen Städten erlaubt war, hätte unter den Reichenbacher Frauen auch kein Anheil angerichtet. Die Unterzeichnete behandelte in den Versammlungen das Thema: „Die Aufgaben der Frauen während des Krieges.“ In Scharen kamen die Frauen zu den Versammlungen. In Plauen war der große Saal des Gewerkschaftshauses überfüllt; in Zwidau, Planitz, Grimmitzschau das gleiche Bild; in Olsnik war der Besuch befriedigend. Die Frauen empfanden offenbar das Bedürfnis nach aufklärenden und ermutigenden Worten. Mit großem Interesse und vielen zustimmenden Rufen folgten sie dem Vortrag. Einige machten ihrem gequälten Herzen Luft und schilderten in der Diskussion ihre traurige Lage. Die Beschlagnahme der Baumwolle hat in Plauen und

Umgehend sehr große Arbeitslosigkeit geschaffen, und inmitten der schönen Natur sieht man das bitterste Elend, das durch den Krieg und die Verteuerung des Lebensbedarfs noch verschärft wird. Wichtige Aufgaben sind es, die die schwere Zeit den Genossinnen auferlegt. Sie mit Treue und Tatkraft zu erfüllen, mahnte der Vortrag. Reich, Staat und Gemeinde müssen vorangetrieben werden, durch wirksame soziale Fürsorge der Not zu steuern, die besonders drückend auf den Frauen lastet. Die Arbeiterklasse hat die Pflicht, tätig zum Wohle ihrer Angehörigen einzugreifen, und es ist eine Lebensnotwendigkeit für sie, die Frauen im Hinblick auf das Ideal des Sozialismus für die kommenden Kämpfe vorzubereiten. Denn wer wähnt, daß nach dem Kriege für das Proletariat ohne Klassenkampf bessere Zeiten kommen werden, der wird bitter enttäuscht sein. Jeder Groschen Lohnerschöpfung, jede Reform, jedes Recht wird den Herrschenden abgerungen werden müssen. Darum muß es jetzt im Interesse des Aufstiegs und der Befreiung des werktätigen Volkes heißen: Frauen heraus! Jetzt, wo unsere Männer, Söhne und Brüder draußen im Felde stehen und keiner von ihnen weiß, ob er je die Seinigen wiederseht, müssen wir Frauen alle unsere Kraft daran setzen, um das hochzuhalten, was unsere Männer in jahrzehntelangem Kampfe geschaffen und errungen haben. Wir Frauen haben alle Ursache, uns dichter als je um das Banner des Sozialismus zu scharen, um nach dem Kriege ein entscheidendes Wort im politischen Leben mitzureden. In geschlossener Kampfesfront gilt es, die sozialistischen Ideale zu verteidigen. Ihre Verwirklichung erfordert Macht, und daher müssen wir lernen, agitieren, organisieren, in jeder Beziehung tätig sein. Unsere Presse und Organisationen sind über die schwere Zeit des Krieges zu erhalten. Daß unsere Frauen auf dem Posten sind, wenn die Anregung nicht fehlt, haben die Genossinnen im Zwickauer Reichstagswahlbezirk gezeigt. Als sie von der Parteileitung gerufen wurden, waren sie zur Stelle und leisteten bei der Vorbereitung der Versammlungen ein gutes Stück Arbeit. Allgemein wurde der Parteileitung und den weiblichen Vorstandsmitgliedern Dank gezollt, daß sie durch die Veranstaltungen dem Herzensbedürfnis der Frauen Rechnung getragen hatten. Mühen und Arbeit hatten einen schönen Erfolg. Hundert weibliche Mitglieder schlossen sich unserer Partei an. Ein Beweis mehr dafür, daß Genossin Zieh den Genossinnen allerwärts mit Recht zurief, trotz der dunklen Gegenwart mutig weiter zu wirken und zu kämpfen. Zum Schluß erfolgte in Plauen, Zwickau, Plauitz und Crimmitschau eine Sympathiekundgebung für unsere Vorkämpferin Klara Zetkin. Der Erfolg der fünf Versammlungen sagt laut: „Nachmachen.“ Wird die Mahnung in vielen Orten beherzigt, so werden die Frauen Wertvolles für den Sozialismus leisten. Martha Demmning

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Aktion zur Unterstützung der arbeitslosen Textilarbeiter krankt an zahlreichen Mängeln. Durch die Verbote der Verarbeitung von Baumwolle und Schafwolle wurden manche Textilfabriken ganz stillgelegt, in anderen erfolgte eine Einschränkung der Arbeitszeit oder es kam zu umfangreichen Arbeiterentlassungen. Seit Juni etwa zeigte sich eine Notlage der Arbeiterschaft, wie sie in gleichem Maße in keiner anderen Industrie anzutreffen ist. In Thüringen und im Königreich Sachsen ist das Elend besonders groß. Den Gemeinden und Einzelstaaten wurde die Pflicht auferlegt, den brotlos gemachten Textilarbeitern und -arbeiterinnen eine Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, zu der das Reich beiträgt. Nun, da durch die Behörden der Begriff Arbeitslosigkeit festgesetzt und die Unterstützungssätze bestimmt werden sollen, ergeben sich die widersprechendsten Ansichten. Preußen und Sachsen erweisen sich besonders rückständig, während in Süddeutschland verständigere soziale Maßnahmen getroffen werden. Das Reich trägt 80 Prozent der Unterstützungssumme, 20 Prozent sollen auf Staat, Gemeinde und Unternehmer entfallen. In Sachsen haben bis jetzt erst ganze drei große Textilorte die Unterstützungen festgesetzt, und diese sind durchschnittlich erheblich niedriger, als die in Baden, Bayern und Württemberg festgelegten Sätze. In Bayern wird zum Beispiel Unterstützung für jede Stunde verkürzte Arbeitszeit gewährt. Die Auszahlung erfolgt durch die Unternehmer. Den Frauen von Kriegsteilnehmern darf von der Kriegsunterstützung nur 50 Prozent in Anrechnung gebracht werden. In Baden heißen die Unterstützungssätze mit der Zahl der sonst erwerbstätigen Familienmitglieder. Während einige Gemeinden in Nord- und Mitteldeutschland meinen, daß für den Lebensunterhalt einer dreiköpfigen Familie wöchentlich 18 M. erforderlich seien, glauben andere, dicht danebenliegende Kommunen, daß schon 8 M. dafür ausreichen. Bei einer so nied-

rigen Unterstützung fehlt es in den Textilarbeiterfamilien natürlich am Notwendigsten, zumal bei den jetzigen wucherischen Preisen des Lebensbedarfs. Um die Gewähr zu schaffen, daß wenigstens ein gewisses Existenzminimum gesichert sei, müßte eine generelle Regelung der Unterstützung durch die Reichsbehörde erfolgen. Die Textilarbeiterverbände haben der sächsischen Landesbehörde einen Vorschlag gemacht, der auf die Regelung besserer Unterstützung abzielt. Er hat aber an dieser Stelle keine Gegenliebe gefunden. Die Nichtstimmung der sächsischen und thüringischen Textilarbeiter-schaft, die schon in normaler Zeit Not leidet und schwer um ihre Existenz ringen muß, ist infolge der bitteren Notlage naturgemäß gewaltig gestiegen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge, gegenwärtig eine der wichtigsten sozialen Aufgaben, wird unter Mitwirkung der Gewerkschaften weiter geregelt. Das Vorgehen einzelner Organisationen hat vorbildlich gewirkt. In vielen Industrien haben sich Unternehmer und Arbeiterorganisationen über bestimmte Richtlinien geeinigt, nach denen die Einstellung der Kriegsbeschädigten erfolgen muß. Diese Richtlinien gleichen sich im wesentlichen. Leitender Grundsatz bei allen Vereinbarungen ist, daß der Kriegsbeschädigte, soweit seine Fähigkeiten dazu ausreichen, in seinem Beruf weiterbeschäftigt wird und daß ihm die Rente aus dem Lohn nicht aufgerechnet werden darf. Der in seiner Arbeitskraft stärker Beeinträchtigte soll eine leichtere Arbeit erhalten. Alle Vereinbarungen sehen vor, daß eine paritätisch zusammengesetzte Kommission von Unternehmern und Arbeitern im Streitfall darüber befundet, ob ein Kriegsbeschädigter unter dem Tariflohn beschäftigt werden darf. Hauptsächlich bewähren sich diese Vereinbarungen in der Praxis, so daß die Kriegsbeschädigten nicht dem Elend preisgegeben sind.

Für ein ReichsKnappschaffsgesetz haben die vier Bergarbeiterverbände petitioniert. Trotz der Reichsversicherungsordnung besteht bei den Bergarbeitern der alte Mißstand der Zersplitterung sozialer Versicherung fort. Noch immer gibt es für einzelne Werke oder für kleinere Bezirke Knappschaffsvereine mit sehr geringer Mitgliederzahl. Finanziell schwach, können sie ihre sozialpolitische Aufgabe gegen die kranken Bergarbeiter nicht erfüllen. Der Krieg belastet die Knappschaffsvereine noch besonders. Kleine und kapitalsschwache Vereine müssen erliegen. Wie der Krieg wirkt, dafür nur ein Beispiel. Vom Bochumer Knappschaffsverein waren nach Ablauf des ersten Kriegsjahres ein Drittel der Mitglieder gleich 130 000 zum Heeresdienst eingezogen. Er hat für die angegebene Zeit mit einem Ausfall von 49 Millionen Mark zu rechnen. Manche kleinere Vereine konnten nur dank besonderer Zuwendungen und großer Geschenke ihre Verpflichtungen erfüllen. Die Bergarbeiterorganisationen halten es deshalb für dringend nötig, daß endlich ihre seit vielen Jahren erhobene Forderung eines ReichsKnappschaffsgesetzes verwirklicht wird.

Den alten Kurs gegen die Gewerkschaften steuern immer wieder einzelne Polizeibehörden. Sie versuchen es, das Koalitionsrecht zu beschneiden. In Köln gedachten die Zahlstellen des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes eine Versammlung für die Arbeiterschaft einer Baufirma abzuhalten, in der die Gewerkschaftsvertreter über Teuerungszulagen Bericht erstatten sollten. Vom Polizeiwachtmeister wurde den Gewerkschaftsvertretern bedehnt, daß sie an der Versammlung nicht teilnehmen dürften. Die Versammlung konnte in der Folge nicht stattfinden. Auf eine Anfrage kam vom Polizeipräsidenten die Mitteilung, daß die Versammlung der Genehmigung durch das Gouvernement bedürfe. Die Beteiligung an der Versammlung beschränkte sich nicht lediglich auf die Arbeiter der Baufirma, die Anwesenheit anderer Personen mache die Veranstaltung zu einer öffentlichen. Das lokal genüge auch nicht den für öffentliche Versammlungen entsprechenden Vorschriften. Dieser Bescheid atmet den alten schikanösen Polizeigeist. In den gleichen Bahnen bewegt sich ein Vorstoß gegen den Transportarbeiterverband in Leipzig. Dieser hatte die im Buchhandel beschäftigten jugendlichen Personen zu einer Versammlung eingeladen, um zur Frage einer Lohnaufbesserung Stellung zu nehmen. Die Prinzipale hatten eine Teuerungszulage abgelehnt und erklärten, sie könnten den Verband nicht mehr als Vertreter der Interessen ihrer Arbeiter anerkennen. Sie verlangten außerdem von den Markthelfern die Unterzeichnung einer Organisation zu werden. Die Polizei tat ein übriges. Sie verbot den jugendlichen Personen unter Hinweis auf das Vereinsgesetz die Beteiligung an der Versammlung. Sie berief sich dabei auf eine Anweisung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern bei der ersten Besung des Reichsvereinsgesetzes im Plenum des Reichstags, wonach bei Minderjährigen außer dem Lehrherrn und seinem gesetzlichen Vertreter auch dem Staate das Recht verbleiben müsse,

jugendliche Personen von der Teilnahme an bestimmten Vereinen und Versammlungen fernzuhalten. Es handelte sich in diesem Fall um eine rein gewerkschaftliche und wirtschaftliche Frage.

Im Schneidergewerbe fanden Verhandlungen wegen des Reichstarifes statt, der am 1. März 1917 in Kraft treten sollte. Ein positives Ergebnis konnte in den Verhandlungen nicht erzielt werden. Die Beratungen sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Im Anschluß an die Verhandlungen über den Reichstarif werden die Hauptvorstände der Unternehmer und der drei Gehilfenverbände unter dem Vorsitz der Unparteiischen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Dr. Brenner-München und Dr. Hiller-Frankfurt a. Main, die Uniformlöhne für die neuen Friedensuniformen zu regeln suchen.

Weihnachtsunterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer werden von vielen Verbänden auch in diesem Jahre wieder gewährt. Es liegen bereits darüber gemeinsame Beschlüsse der Vorstände und Ausschüsse vor. Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, damit die Frauen von Kriegsteilnehmern ihre Ansprüche an die Organisation geltend machen, bei der ihr Mann Mitglied war. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Das für die Kriegszeit erlassene Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien gibt dem Verband der Bäckerarbeiter Veranlassung, dafür einzutreten, daß dieses Verbot auch nach dem Kriege dauernd aufrechterhalten bleibt. Um so mehr, als diese wichtige Frage schon stets die Organisation der Bäckergehilfen sehr lebhaft beschäftigte. Die Abschaffung der Nachtarbeit wurde von ihr immer gefordert, von den maßgebenden Stellen jedoch stets abgelehnt. Merkwürdigerweise treten jetzt aber auch die Kleinbetriebsmeister für das Verbot ein, freilich aus anderen Gründen wie die Gehilfen, aus Gründen, die nichts weniger als sozial sind. Die Kleinmeister wünschen jetzt das Verbot der Nachtarbeit, weil sie davon eine Schädigung der mit kontinuierlichem achtstündigem Betrieb arbeitenden Profifabriken und Großbäckereien erwarten und damit eine Erschwerung der ihnen lästigen Konkurrenz der Großbetriebe. Die allermeisten der Konsumvereinsbäckereien zählen bekanntlich zu den großen und größten Betrieben dieser Art. Rein kapitalistisch gedacht, würde das uneingeschränkte und ausnahmslose Verbot der Nachtarbeit für sie wenigstens zunächst eine Schädigung bedeuten. Die Anlagen könnten ja nicht mehr voll ausgenutzt werden, und dadurch müßte eine wesentlich geringere Rentierung des in den Betrieben investierten Anlagkapitals eintreten. Die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat deshalb mancherlei Bedenken gegen die plötzliche und uneingeschränkte Durchführung des Verbots der Nachtarbeit. Sie ist in der Folge in einen scharfen Meinungsgegensatz zu dem Bäckerverband geraten, der zu heftigen gegenseitigen Polemiken in der Fachpresse der Streitenden geführt hat. Die Bedenken des Zentralverbandes sind nicht von der Hand zu weisen. Gleichwohl werden sich die Konsumvereine nicht gegen den wichtigen sozialen Fortschritt erklären dürfen. Rein kapitalistische Bedenken dagegen müssen zurücktreten, wie ja bisher die Konsumvereine auf anderen Gebieten, trotz kaufmännischer Nachteile, vorangegangen sind. Wir erinnern nur an den Lohndruck, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Lohnfrage und ähnliches. Es ist deshalb nur erwünscht, daß in leitenden Konsumvereinskreisen der Widerstand aufgegeben wird. Denn es wäre doch ein sonderbares Schauspiel, wenn in dem Kampfe um das Nachtarbeitsverbot die Konsumvereine an der Seite der großkapitalistischen Bäckereien ständen.

Der größte deutsche, unter bürgerlicher Verwaltung stehende Konsumverein in Breslau bestand Anfang November 50 Jahre. Er wurde 1866 gegründet und zählte am Schlusse des ersten Geschäftsjahres 420 Mitglieder. Zu Beginn des 50. Geschäftsjahres gehörten ihm 107 769 Mitglieder an, der Umsatz betrug rund 20 1/2 Millionen Mark, der in 84 Verkaufsstellen und vier Kohlenlagern erzielt wurde. Ein Vergleich zwischen Umsatz und Mitgliederzahl zeigt, daß dieser große Verein verhältnismäßig weniger Umsatz hat wie andere Vereine. Im Zentralverband deutscher Konsumvereine haben die meisten, besonders die größten Genossenschaften, einen wesentlich höheren Durchschnittsumsatz pro Mitglied als der Breslauer Verein. Trotzdem kann der letztere als ein modernes Nischenunternehmen dieser Art angesprochen werden.

Die Konsumgenossenschaft Berlin hat im abgelautenen 16. Geschäftsjahr wieder einen großen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen: ein Steigen von 88 514 auf 94 295. Mit dieser Ziffer ist der Verein an die erste Stelle der dem Zentralverband angehörenden Genossenschaften gerückt. Der Umsatz betrug rund

19 Millionen Mark, wovon etwa 4 1/2 Millionen allein auf die Nischenbäckerei entfielen. Besonders der Berliner Konsumgenossenschaft darf nachgerühmt werden, daß sie während der Kriegszeit den Lebensmittelwucher energisch und geschickt zu bekämpfen versuchte. Sie hat sich ein neues, schönes Verwaltungsgebäude errichtet, das dem Umfang des Geschäftsbetriebs entspricht und vor kurzem in Benutzung genommen wurde.

Der Dresdener Konsumverein Vorwärts steigerte die Zahl seiner Mitglieder im letzten Geschäftsjahr von 65 877 auf 69 750. Der Umsatz erreichte die Höhe von knapp 23 Millionen Mark, das ist gegen das Vorjahr ein Weniger von reichlich 2 1/2 Millionen Mark. Der Rückgang des Umsatzes ist eine fast allgemeine Erscheinung bei den Konsumvereinen während der Kriegszeit. Auf diese Ursachen wurde an dieser Stelle wiederholt hingewiesen. Der Dresdener Vorwärts hat 135 Verkaufsstellen, zwei große Bäckereien, er ist einer der ausgedehntesten Bezirkskonsumvereine des Reiches, der sich außer der Stadt Dresden auf 63 Orte der weiteren Umgebung erstreckt.

Die Blätter für Genossenschaftswesen, das Organ des alten Allgemeinen Genossenschaftsverbandes, haben die Friedensresolution der britischen, holländischen, schweizerischen und österreichischen Genossenschaftlerinnen veröffentlicht, die den Leserinnen der „Gleichheit“ bereits aus Nr. 26 bekannt ist. Unterzeichnet ist das interessante Schriftstück von den Genossinnen freundlich-Österreich, Davies-England, Mehboom-Holland, Staudinger-Schweiz, die für die Genossenschaftlerinnen ihrer Länder unterschrieben haben. H. P.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Imperialistische Kriegstreiber aus der schwedischen Partei ausgeschlossen. Auf Antrag der Stockholmer Mitgliedschaft wurden vom schwedischen Parteivorstand mit allen gegen 5 Stimmen die Genossen Professor Gustav J. Steffen, Dr. Yngve Larsson und Otto Järle aus der schwedischen Sozialdemokratie ausgeschlossen. Die drei Genossen hatten sich für die aktive Beteiligung Schwedens am Weltkrieg an der Seite Deutschlands ausgesprochen. Sie wurden nicht etwa wegen ihrer „Deutschfreundlichkeit“ ausgeschlossen, wie ein Teil der Presse gerne glauben machen möchte. Für den Beschluß war vielmehr maßgebend, daß die schwedische Partei eine Agitation für den Krieg — aus welchen Gründen und zu weissen Gunsten sie auch immer statifinde — als unvereinbar mit den sozialistischen Grundfähen erachtet. Die genannten Genossen hatten sich sogar zu der Behauptung verstiegen, die auswärtige Politik stehe „über den Parteien“. Sie erklärten sich einverstanden mit dem Inhalt des Buches „Schwedens auswärtige Politik in der Beleuchtung des Weltkriegs“, einem Buch, das sich schlankwegs zum Angriffskrieg bekennet und alle innerpolitischen Bestrebungen ablehnt, die das Land für einen solchen Krieg ungeeignet machen würden. Die drei ausgeschlossenen Genossen entpuppten sich damit als waschechte bürgerliche Imperialisten mit vielleicht arbeiterfreundlichem, aber keineswegs sozialistischem Einschlag. Sie hatten in einer sozialdemokratischen Partei wirklich nichts mehr zu suchen.

Für die Initiative der neutralen Staaten zur Friedensvermittlung hat sich die Parteileitung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärt. Sie beschloß, in einer Adresse an die Regierung das Streben des niederländischen „Anti-Krieg-Rats“ zu befürworten, der die Regierungen der neutralen Staaten bewegen will, sich für eine Initiative zur Friedensvermittlung im geeigneten Augenblick vorzubereiten. Große Hoffnungen darf man auf diese Art Friedensarbeit nicht setzen. Die einzige Macht, die die Kriegführenden zum Frieden zwingen kann, ist die selbständige Aktion des Proletariats in allen Ländern.

Von der Friedensarbeit der englischen Genossinnen. Die Kriegereignisse und die chauvinistische Hege haben unsere Genossinnen in Großbritannien nicht in ihrer sozialistischen Überzeugung erschüttert, nicht in ihrem Kampf für den Frieden erlahmen lassen. Von zahlreichen Versammlungen abgesehen, die der Propaganda der Friedensforderung dienen, haben sie bis August das Manifest der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zu Vorn als Flugblatt in 85 000 Exemplaren verbreitet. Das Manifest ist außerdem im „Labour Leader“ und anderen sozialistischen Blättern abgedruckt worden und hat dadurch eine weite Verbreitung erlangt.

Der Friedenswille der deutsch-amerikanischen Arbeiter, ihr Bewußtsein internationaler Solidarität ist mit aller Schärfe in den

Sympathiebesuchungen für Genossin Zetkin zum Ausdruck gekommen. Viele deutsche Gruppen der Sozialistischen Partei haben entsprechende Erklärungen angenommen. Vom sozialistischen Geist erfüllte Solidaritätsbekundungen sendeten unter anderem die organisierten Genossinnen und Genossen von Dover, in New Jersey, Toledo in Ohio, Denver in Colorado, Peabody in Massachusetts, der sozialistische Verein „Vorwärts“ und das Deutsche Frauen-Agitationskomitee, beide in der Stadt New York.

Das selbständige Auftreten des russischen Proletariats während des Kriegs. Der „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Volschewische Richtung) veröffentlicht einen Bericht über die wachsende revolutionäre Bewegung in Rußland, insbesondere über die Arbeit des Petersburger Parteikomitees. Wir entnehmen daraus folgende Tatsachen:

März: Große Verhaftungen in Petersburg und anderen Orten unter den Anhängern beider sozialdemokratischen Parteien. Das neu gegründete illegale Organ, „Die proletarische Stimme“, wird unterdrückt.

April: Große Proteststreiks am Jahrestag des Arbeiterblutbads an der Lena. In Petersburg werden 400 Mann verhaftet.

Mai: Am 1. Mai streifen 35 000 Arbeiter. 300 werden verhaftet.

Juni: In Petersburg wirtschaftliche Streiks, insbesondere unter den Metallarbeitern. Es streifen 15 000 Arbeiter, 400 verhaftet, 300 wieder freigelassen, die anderen bestraft. 30 in die Front gesandt.

In Kostroma Textilarbeiterstreik. Das Militär schießt 14 Arbeiter getötet, viele verwundet. In Moskau Unruhen. 20 Personen getötet und verwundet.

Juli: Die Bewegung bekommt ausgesprochen politischen Charakter. In Jwanowosnesensk Streiks mit großen Demonstrationen unter Vorantragung von roten Bannern, Abfingen revolutionärer Lieder usw. 100 Getötete, 40 Verwundete.

August: Großer Proteststreik gegen die Reheleien in Jwanowosnesensk. In Petersburg streifen 10 000 Arbeiter. Der Versuch der Bourgeoisie, die Industrie zwecks Munitionserzeugung zu „mobilisieren“, hat große Versammlungen in den Munitionsfabriken zur Folge, an denen bei Putiloff 15 000, bei Lehnert 6000 bis 7000 Arbeiter teilnahmen. Die Arbeiter lehnen es mit großer Mehrheit ab, in die „Kriegskomitees“ einzutreten. Vor der Auflösung der Dumasession fanden zahlreiche Verhaftungen unter den Arbeitern überhaupt, den Krankenkassenbevollmächtigten insbesondere statt. — Auf die Nachricht von der bevorstehenden Unterbrechung der Dumasession beginnen neue politische Streiks, die nach Vertagung der Duma noch verstärkt werden. Nicht „Wiedervereinberufung der Duma“, sondern „Nieder mit der Regierung!“ ist die Losung. Der Streik war für drei Tage proklamiert worden. Nachdem aber der Kommandeur von Petersburg gedroht hatte, er werde die Streikenden vor das Kriegsgericht stellen, erklärte das Petersburger Komitee, daß der Zustand noch einen Tag länger dauern werde. In Petersburg streikten 150 000 Mann (nicht 15 000, wie bürgerliche Blätter angaben), in Rischniz Nowgorod 20 000. Auch in Moskau, Charlow, Skaterinostlaw nahmen die Streiks einen großen Anfang an.

Das rasche und starke Anschwellen der revolutionären Welle in Rußland ist nicht bloß die Folge der Niederlagen der zarischen Truppen, der Kopfflosigkeit der Bourgeoisie und der Fehlgänge der verstockten Regierung. Daß die Bewegung des Proletariats so stark und zuebewußt heranwächst, ist nicht zum mindesten eine Folge der entschiedenen Haltung, die die russische Sozialdemokratie von Anfang an bewahrt hat.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit im Monat September und gewerkschaftliche Diffe im dritten Quartal 1915. Für die weiblichen Erwerbstätigen hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Laufe des Monats September entschieden verschlechtert. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise erhöhte sich die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden von 145 783, Ende August, auf 154 808 Ende September, während die Zahl der offenen Stellen mit 91 258 gegen 88 229 nur um 3029 zugenommen hat. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten nur 68 249 im Laufe des Monats besetzt werden. Es blieben demnach im September rund 85 500 Arbeitsgesuche von Frauen und Mädchen unberücksichtigt; im Monat vorher hatte deren Zahl nur 80 300 betragen. Auf 100 offene Stellen kamen im Berichtsmonat 170 weibliche Arbeitsuchende, gegen 165 im Vormonat. Die entsprechenden Verhältniszahlen für männliche Arbeitskräfte betragen dagegen nur

89 und 98. Von den Berufsgruppen schneidet, wie schon im Vormonat, die Textilindustrie am schlechtesten ab. Hier kamen im September auf 100 offene Stellen 372 weibliche Arbeitsuchende, gegen 337 im August. Eine Steigerung der Andrangsziffern gegen den Vormonat trat ferner noch ein bei den Metallarbeiterinnen, Lederarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen, Schneiderinnen, Fabrikarbeiterinnen, sowie bei weiblichem Koch- und Dienstpersonal. Nach Landesgebieten geordnet, steht das Königreich Sachsen mit 326 weiblichen Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen immer noch an der Spitze aller 28 Staaten oder Landesgebieten.

Das Steigen der Arbeitslosigkeit tritt noch deutlicher bei den gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen zutage. Nach diesen waren im Monat September von 146 782 befragten weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern 14 680 oder 10,1 Prozent arbeitslos, gegen 9,9 im August und 9,7 im Juli. Die anhaltende Zunahme ist auf die größere Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie zurückzuführen. Stieg doch im Textilarbeiterverband die Zahl der weiblichen arbeitslosen Mitglieder von 3787 Ende Juli auf 5350 Ende September, also um 1613. Beträchtliche Zunahmen von weiblichen Arbeitslosen melden noch die Verbände der Porzellanarbeiter, Sattler und Portefeuliker, Lederarbeiter und Tabakarbeiter. Zieht man jedoch die Arbeitslosenprozentzahlen in Betracht, so stellen im September die organisierten Gutarbeiterinnen mit 56,4 Prozent die meisten Arbeitslosen. Fast in der gleichen Reihenfolge wie im Vormonat folgen sodann die anderen Verbände. Durch die ansteigende Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder wird die Spannung zwischen den Arbeitslosenziffern der beiden Geschlechter immer größer. So standen im September den 10,1 Prozent weiblichen Arbeitslosen nur 1,2 Prozent männliche Arbeitslose gegenüber, im August betrug die betreffenden Zahlen 9,9 und 1,4.

Auch die für das dritte Quartal ermittelten Zahlen lassen ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit erkennen. Es wurden gezählt:

	Im 1. Quartal 1915	Im 2. Quartal 1915	+ mehr od. — weniger gegenüber dem 2. Quartal 1914
Befragte weibl. Mitglieder	146 782	148 617	— 1835
Fälle von Arbeitslosigkeit	26 220	25 952	+ 268
Unterstützte weibl. Mitglieder	10 863	11 098	— 735
Unterstützungstage	238 453	231 800	+ 4563
Unterstützungssumme in Mark 140 409	132 699		+ 7710

Trotz der verringerten Mitgliederzahl sind im dritten Quartal 1915 insgesamt 26 220 Fälle von Arbeitslosigkeit oder 268 mehr als im Vorquartal gezählt worden. Auf 100 weibliche Mitglieder berechnet ergibt das einen Prozentsatz von 17,8 gegen 17,5 im zweiten Quartal. Einen Rückgang hat, wie die Übersicht zeigt, nur die Zahl der unterstützten weiblichen Mitglieder erfahren, während die Zahl der Unterstüßungstage und die Unterstützungssumme gestiegen ist. Das Steigen der Unterstützungssumme kommt noch deutlicher bei der Berechnung des durchschnittlich ausgezahlten Unterstützungsbetrags zum Ausdruck. Dieser stieg nämlich von 11,96 Mk. im zweiten Quartal auf 13,55 Mk. im dritten Quartal. Das ist ein Beweis mehr dafür, daß die Gewerkschaften, sobald die Zahl der zu unterstützenden Mitglieder abnimmt, die Unterstützungssätze sofort wieder erhöhen, um die durch den gemeingefährlichen Lebensmittelmangel verschärfte Not der Arbeitslosen zu mildern. Von dieser Praxis scheidet die einer Anzahl Gemeinden recht unvorteilhaft ab, die die weitere Gewährung von Zuschüssen an die Arbeitslosen mit der Begründung abgelehnt haben, es solle angeblich keine Arbeitslosigkeit mehr vorhanden sein. Diese Gemeinden zur Pflächterfüllung anzuhalten, wäre Aufgabe des Staates, zumal die Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen schon längst zur Verfügung gestellt sind. Legten Endes steht es jedoch bei den Arbeitslosen und ihren Mehrwert schaffenden Brüdern und Schwestern selbst, Reich, Staat und Gemeinde zu veranlassen, den bittersten Nöten der Arbeitslosigkeit zu steuern. Sie müssen volles Recht fordern, statt sich mit Brosamen und Almosen zu begnügen. b.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts in Holland enthält die Gesetzesvorlage, die die Regierung zur Abänderung des Staatsgrundgesetzes in der Zweiten Kammer eingebracht hat. Nach ihr soll Artikel 80 des Grundgesetzes so gefaßt werden, daß die seitherigen Beschränkungen des allgemeinen Wahlrechts wegfallen. Das Wahlrecht wird den männlichen und weiblichen Niederländern vom dreiundzwanzigsten Lebensjahr an zuerkannt. Bemerkenswert ist in diesen Zeiten der versinkenden Demokratie die Begründung der Wahlrechtsreform. Es heißt in dem Regierungsschriftstück, daß die Merkmale von Befähigung und gesellschaftlichen Besitz keine Verteidigung mehr finden können, wenn es

sich um das Wahlrecht handelt. Die Individualität der Wähler sei in der Masse untergegangen. Die Parteigruppierungen mit ihren parlamentarischen Fraktionen, Fraktionsvorständen und Fraktionsführungen, mit ihrer außerparlamentarischen Organisation, mit ihren Wahlprogrammen, Parteiführern und Agitatoren sei ein Versuch zur Verwirklichung des politischen und Rechtsbewußtseins der Massen. „Was heute vom Wähler verlangt wird, ist nicht die Fähigkeit, über so und so viele Fragen der Staatsverwaltung zu urteilen, sondern nur ein solches Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten, daß er sich darüber Rechenschaft gibt, den Prinzipien welcher politischen Partei er am besten zustimmen kann. Die notwendige Folge dieser Entwicklung ist, daß kein Rechtsgrund besteht, um einen Teil der Bürger, der in derselben nationalen und sittlichen Gemeinschaft wie die übrigen lebt und arbeitet, von der hauptsächlichsten nationalen Betätigung fernzuhalten. Es gibt keinen einzigen Rechtsgrund, warum nicht auch sie an der Formung der gemeinschaftlichen Überzeugung, die die feste Grundlage der Staatsverwaltung und Gesetzgebung sein soll, Anteil haben sollten. Ausschließung eines Teils der Bürger vom Wahlrecht spaltet die Nation in zwei Teile, von denen der eine mitbestimmt, der andere nur gehorcht. Spaltung führt die politische Energie auf die revolutionäre Bahn. . . . Die Entwicklung ist nicht aufzuhalten, und die erste Bedingung, um das parlamentarische System auszubauen, ist, daß die feste Grundlage gelegt werde, die allein im allgemeinen Wahlrecht zu finden ist.“

Was das Frauenwahlrecht insbesondere anbetrifft, so erklärt die Begründung zur Regierungsvorlage, „daß die prinzipielle Ausschließung der Frau vom Wahlrecht nicht aufrecht erhalten werden kann. Es wird eher die Aufgabe des Gesetzgebers sein, festzustellen, inwieweit die sozialen Zustände die Verleihung des Wahlrechts rechtfertigen. Es läßt sich voraussehen, daß die Wandlung, der diese Zustände unterliegen, zur allmählichen Erweiterung des Wahlrechts führen wird. Der Gesetzgeber möge in dieser Hinsicht ganz frei bleiben — mit einer Ausnahme. Das Wahlrecht darf nicht auf Grund von Unterschieden im gesellschaftlichen Wohlstand zu- oder aberkannt werden. Das Annehmen solcher Kennzeichen wäre eine ungerechtfertigte Rückkehr zu dem für das Männerwahlrecht preisgegebenen Standpunkt. Der Gesetzgeber muß sich über den Einfluß der Frauenbewegung auf das Rechtsgefühl der Nation und auf die von Frauen ausgeübte soziale Funktion Rechenschaft geben, aber er hüte sich vor einer neuen Spaltung in gesellschaftliche Klassen, die in unserer Zeit keinen Rechtsgrund hat und dem Gefühl der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Volksteile auf das entfernteste schaden würden. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung unserer Gesellschaft scheint kein berechtigter Grund vorhanden zu sein, den Frauen das passive Wahlrecht vorzuenthalten.“

Kein Frauenwahlrecht in New Jersey, New York, Pennsylvania und Massachusetts, so lautet das Ergebnis der Volksabstimmung, die kürzlich in diesen vier Staaten der nordamerikanischen Union über die geforderte politische Reform entschieden hat. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist die Verfassungsänderung, die den Frauen ihre volle politische Mündigkeit zuerkennen sollte, im Staate New York mit einer Mehrheit von 220 000 Stimmen verworfen worden; in Pennsylvania betrug die gegnerische Mehrheit 150 000, in Massachusetts 110 000 Stimmen. Es wird behauptet, daß die Deutsch-Amerikaner fast allgemein gegen das Frauenwahlrecht gestimmt hätten.

Schädigt das Frauenwahlrecht die Interessen der Allgemeinheit? Das ist eine Frage, die der ehrfame Spießbürger bejaht, ohne sich weiter darum zu kümmern, wie die allgemeinen Zustände in den Ländern sind, wo die Frauen ihre politische Gleichberechtigung bereits erlangt haben und mithin ihren Einfluß auf die Verhältnisse geltend machen können. Solche Spießbürger gibt es nicht bloß bei uns, sondern auch jenseits des großen Wassers. Im nordamerikanischen Unionsstaat New Jersey wählten Gegner des Frauenwahlrechts die drohende Einführung des Frauenwahlrechts durch die Behauptung abzuwehren, die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts habe im Staate Colorado das Kulturniveau herabgedrückt. Dieser Behauptung wurden folgende Tatsachen entgegengesetzt. In New Jersey beträgt das Nationalvermögen auf den Kopf der Bevölkerung 2140 Dollar, in Colorado aber 2785. Es ist von 1900 bis 1912 in dem ersteren Staate um 210, in dem letzteren um 254 Prozent gestiegen. 57 Prozent der bebauten Grundstücke sind in New Jersey mit Hypotheken belastet, dagegen nur 30 Prozent in Colorado. Dieses ist der einzige Staat der

nordamerikanischen Bundesrepublik, der zwischen 1902 und 1912 die Kopfsteuer herabgesetzt hat. Nur 68 Prozent der Kinder schulpflichtigen Alters besuchen in New Jersey die Schule, in Colorado sind es 87 Prozent. Dieser Staat hat bloß den dritten Teil der Bevölkerung wie New Jersey, das von den „Schädigungen des Frauenwahlrechts“ bis jetzt verschont geblieben ist, allein 4884 seiner jungen Männer und Mädchen studieren an höheren Bildungsanstalten, gegen 3216 in New Jersey, das 6 Prozent Analphabeten aufweist, während es deren in Colorado nur 4,2 Prozent gibt. Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, daß New Jersey ein Land ältester Kultur in Nordamerika ist, daß Colorado dagegen erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit in den Kreislauf des modernen Lebens gezogen wurde, und daß es seinen raschen Aufschwung zum großen Teil reichsten Bodenschätzen verdankt. Es hiesse ganz oberflächlich nach äußeren Merkmalen und toten Ziffern urteilen, wollte man aus den angeführten Tatsachen herauslesen, daß das Frauenwahlrecht allein das Aufblühen bewirkt habe. Jedoch sind diese Tatsachen jedenfalls ein trefflicher Beweis, daß der Einfluß der „Wahlrechtsweiber“ das Land nicht „an den Rand des Abgrunds“ gebracht hat.

Frauenarbeit.

Frauen bei der Geschloßfabrikation. Zu den Betrieben, deren Tore der Krieg für die Frauen geöffnet hat, gehört auch die Geschloßfabrik Krupp in Essen. Wir haben bereits in Nr. 1 mitgeteilt, daß nach dem Bericht der Betriebskrankenkasse dieser Firma dort am 31. Dezember 1914 schon 1829 Arbeiterinnen beschäftigt waren. Bis Ende Juni hatte die Firma noch weitere 5000 weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Ein Teil der Frauen und Mädchen hat von dünnen Stahlblechen schmale Streifen abzuschneiden, die man zu Federn für Geschloßzylinder braucht. Andere sind bei der Kontrolle und der Abnahme im „Hunderbau“ tätig. Diese Arbeit verlangt ein sehr feines Gefühl in den Fingern, es gilt mit Hilfe der Maßinstrumente schon Fehler von einem Zehntel Millimeter festzustellen. Gerade für diese Arbeit sind die Frauen besonders geeignet, sie scheinen dabei mehr zu leisten als die Männer, die sie ersetzen. Die weiblichen Arbeitskräfte schaffen bei der Firma Krupp eine Stunde weniger als die Männer, sie kommen eine halbe Stunde später und gehen eine halbe Stunde früher als diese. Ihr Verdienst beträgt 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. pro Tag, die Männer erhalten dagegen für die gleiche Arbeit 4 bis 5,50 Mk. In den Fällen, wo Prämien vorgesehen sind, bekommen die Frauen für die gleiche Leistung nur die halbe Prämie. Die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte bedeutet also für die Firma Krupp eine ganz erhebliche Ersparnis. Man muß diese Ersparnis im Lichte des Betriebsergebnisses für das Jahr 1914/15 betrachten. Der Betriebsüberschuß betrug nach dem Bericht an die Generalversammlung der Aktionäre 113 229 321 Mk. gegen 54 004 571 Mk. im Vorjahre. Zinsen und verschiedene andere Einnahmen steigerten den Betriebsüberschuß auf 118 979 814 Mk. Für Steuern, die Angestellten- und Arbeiterversicherung und Wohlfahrtsausgaben — die Kriegsbeihilfen eingerechnet — wurden zusammen 32 412 203 Mk. verausgabt. Nach Abzug aller Ausgaben stellte sich der Geschäftsgewinn für das Jahr 1914/15 auf 86 465 611 Mk. gegen 33 004 924 im Vorjahr. Nach Abzug der Beträge für Rücklagen usw., der Bezüge des Aufsichtsrats und bei Einstellung eines Vortrags auf neue Rechnung von rund 10 Millionen Mark blieb ein Gewinnbetrag von 47,4 Millionen Mark, der nach den bisherigen geschäftlichen Gepllogenheiten eine Dividende von 24 Prozent gestatten würde. Die Familie Krupp hat jedoch die Absicht, in dem Kriegsjahr keine höhere Dividende als vor dem Kriege zu beziehen und der Kriegsfürsorge für die Allgemeinheit den Betrag des Gewinns zuzuführen, der die vorjährige Dividende übersteigt. Die Dividende ist deshalb auf nur 12 Prozent wie im Vorjahre festgesetzt worden. Aus dem überschüssigen Betrag von 23,7 Millionen wird in Anschluß an die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“ eine Krupp-Stiftung errichtet. Sie soll namentlich den kinderreichen Familien gefallener oder schwer verwundeter Krieger zugute kommen und mit einem Kapital von 20 Millionen Mark ausgestattet werden. Der Restbetrag von 8,7 Millionen ist für sonstige Zwecke der allgemeinen Kriegsfürsorge vorgesehen und insbesondere für Förderung der deutschen Ostmark. Soweit im Geschäftsjahr 1914/15 bei der Firma Krupp Arbeiterinnen beschäftigt waren, haben auch sie ihr Teil zu dem Riesengewinn, der glänzenden Dividende und der Wohlfahrtsstiftung beigetragen. Und zwar verhältnismäßig noch mehr als die Arbeiter, weil sie für gleiche Leistung niedriger entlohnt werden als diese.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Reikin (Sundel), Wilhelmshöhe, Postbezirk bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.